

muss funktionieren. Hier und heute, unter den Bedingungen, die wir kennen, müssen die ersten und die nächsten Schritte zu den Zielen, um die es geht, möglich sein. Und, was ebenso wichtig ist, keine Beschränkung auf Teilpolitiken. Die Voraussetzung dafür ist die Sicherung und Neuerung des Primats der Politik über die Märkte. Auch das ist heute links.

Es ist sinnlos, die Imperative ökologischer Existenzsicherung gegen die gesellschaftlichen Grundwerte der Freiheit und Gleichheit auszuspielen. Was wir stattdessen brauchen sind eine Ökologisierung der Technik und eine ökologische Industrie- und Wachstumspolitik, die die Schaffung neuer Arbeitsplätze, soziale Teilhabe und Sicherheit mit Nachhaltig-

keit überzeugend und wirkungsvoll verbindet. Das ist das Projekt eines neuen Fortschritts, für den die Sozialdemokratie steht.

Die Gestaltungslinke beschränkt sich im Gegensatz zur Protestlinken nicht auf das bloße Postulieren ihrer Grundwerte in vermeintlich unbefleckter Reinheit, um bei der Minderheit der rechtgläubigen Linken Punkte sammeln. Sie will Mehrheiten organisieren und Wirklichkeit verändern. Diese Balance ist die Grundlage für das Gelingen ihres Gestaltungsanspruchs. Sie orientiert sich an den Grundwerten der Linken und will dadurch die Voraussetzungen schaffen, durch zukunftsweisende Politik die politische Mitte zu gewinnen.

Werner A. Perger

Lektionen und Lernprozesse

Parteienlandschaft im Umbruch

Die europäischen Parteiensysteme sind im Gefolge der Globalisierung im Umbruch. Besonders betroffen sind davon die traditionellen Volksparteien. Das politische Zentrum verliert an Bedeutung. In vielen europäischen Ländern erstarken die Ränder. Kleinere, zum Teil neue Parteien gewinnen an Bedeutung, ihr Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung ist in europäischen Demokratien merklich gestiegen.

Charakteristisch für die Wahlen in Europa seit Beginn dieses Jahrhunderts ist die Tatsache, dass den wenigen Wahlerfolgen der demokratischen Linken überwiegend Wahlniederlagen gegenüberstehen, auch in traditionellen politischen Hochburgen der Sozialdemokratie. Das gilt auch dort, wo sie mit ihrem Reformkurs ökonomische Sanierungserfolge aufzuweisen hat. Eine wichtige Ursache dafür ist, dass vor allem die demokratische Linke im Gefolge des aktuellen Bedeutungsverlusts des Neoliberalismus zwischen die politischen Fronten geraten ist. Sozialstaatsreform,



Werner A. Perger

(* 1942) promovierter Jurist, ist freier Journalist und Autor, schreibt hauptsächlich für die *Zeit*. Er beschäftigt sich vor allem mit der Diskussion politischer Ideen und Programme in Europa und mit Problemen der Demokratie. Er lebt und arbeitet in Berlin.
perger@zeit.de

Immigrationsdruck und Bedrohungen der inneren Sicherheit durch den internationalen Terrorismus erzeugen Unruhe und Ängste in der Arbeitnehmerklientel der Mitte-Links-Parteien.

Ex-kommunistische Linkspopulisten, sozialchauvinistische Rechtspopulisten und rassistisch-nationale Rechtsextremisten nutzen diese Situation mit demagogischen Kampagnen für ihre Zwecke und präsentieren sich als »neue Arbeiternehmerparteien« und »Anwälte der kleinen Leute«. Christdemokraten und Konservative versuchen, durch Anpassungsstrategien ihr Image im Sinne eines neuen »menschensfreundlichen Konservatismus« zu korrigieren und so im Kampf um die politische Mitte aus der Verunsicherung der sozialdemokratischen Wählerschaft Vorteile zu ziehen. Die Ursachen für die Misserfolge der demokratischen Linken liegen außer in objektiven Entwicklungen aber ebenso in politischen Versäumnissen, strategischen Fehlentscheidungen und nicht zuletzt in mangelhafter Kommunikation.

Die machtpolitische Auszehrung der europäischen Sozialdemokratie hat jeweils national besondere Ursachen, darüber hinaus mehrere Gemeinsamkeiten: objektive Bedingungen und Entwicklungen, die überall anzutreffen sind, sowie politisch-strategische Fehler oder Unterlassungen ebenso wie falsche wahltaktische Entscheidungen. Alle Reformregierungen der linken Mitte haben mit Widerständen gegen spürbare Einschnitte in traditionelle Leistungen des Sozialstaats zu kämpfen. Fast überall macht sich das Auftreten neuer populistischer Parteien rechts und links der Mitte bemerkbar. Und Megatrends – wie das Abrücken vieler konservativer Parteien von der neoliberalen Orthodoxie der 80er und 90er Jahre – machen die Volksparteien in der gesellschaftlichen Mitte weniger unterscheidbar. Das verändert die politische Auseinandersetzung, zum Teil mit spürbaren Folgen.

Stabile Haushalte, Schuldenabbau und mehr Verantwortung der Bürger für das Funktionieren des »Europäischen Sozialmodells« galt allgemein als die vordringliche Aufgabe für das sozialdemokratisch dominierte Europa der Jahrtausendwende.

»Wer, wenn nicht wir?« sollte das schaffen, hatte Gerhard Schröder im Wahlkampf 1998 rhetorisch gefragt. Sozialstaatsreform sei die Sache der Sozialdemokraten, die alte Arbeiterpartei müsste doch am ehesten in der Lage sein, die Gewerkschaften davon zu überzeugen. Aus der Praxis weiß man, dass dies nicht durchweg gilt, es kann auch zum Bruch zwischen ehemaligen Verbündeten kommen. Der Widerstand gegen Einschnitte in die sozialen Leistungssysteme in Europa traf die Regierungen aller politischen Richtungen; die Sozialdemokraten jedoch am härtesten.

Niedergang der demokratischen Linken

Ende der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts dominierte die Philosophie des »Dritten Wegs« den sozialdemokratischen Diskurs in Europa: Spürbar rückte Europas Sozialdemokratie zur Mitte, also was die Bewegungsrichtung angeht nach rechts. Die Maastricht-Kriterien der Europäischen Union, Leitlinie für die Sanierungs- und Entschuldungsstrategien der Mitte-Links-Regierungen, prägte auch die programmatischen Debatten innerhalb der Sozialdemokratie. Dabei muteten manche Parteiführer ihrer Stammwählerschaft jedoch zuviel zu. »Auf der Höhe der Zeit« zu sein, hieß für viele Wortführer des neuen Diskurses, alles hinter sich zu lassen, was bisher gut und teuer war: Es entstand der Eindruck einer neuen »McKinsey-Sozialdemokratie«, die Modernisierung als Selbstzweck ansah. Selbst wenn der prinzipielle Ansatz des Dritten Wegs richtig war, so führte die Kurskorrektur der sozialdemokratischen Parteien gleichwohl dazu, dass klassische Positionen der europäischen Arbeiterbewegung bzw. die auf ihnen beruhende Sozialstaatspraxis aufgegeben wurden. In Deutschland wurde auch der traditionelle Leitbegriff »demokratischer Sozialismus« von einigen führenden Sozialde-

mokraten in Frage gestellt, so als verspreche man sich davon für die anstehende Reformarbeit neue programmatische Bewegungsfreiheit. Gleichzeitig aber legen alle Wert auf die Feststellung, dass ihnen die linken Werte lieb und teuer seien.

Veränderungen sind aber auch im konservativen Europa zu registrieren. Das ist eine Reaktion darauf, dass die ideologische Gesamtwetterlage sich inzwischen vom Kahlschlag- und Bankrottkurs des Neoliberalismus hin zu einer Neubewertung der Rolle des Staates und der Politik entwickelt hat. Der Rückzug des Staates aus dem öffentlichen Leben und aus der Verantwortung für den Zusammenhalt der Gesellschaft ist nicht mehr herrschende Lehre. Diese Veränderung blieb den Konservativen in Europa nicht verborgen. Sie erkannten, dass sie auf der Position des strukturkonservativen Neoliberalismus keine politische Perspektive haben. So bewerben sich nun auch die Mitte-Rechts-Parteien in Europa um die von der Sozialdemokratie in der Dritten-Weg-Phase etwas vernachlässigte Klientel. Auch sie treten nun für die Interessen der Arbeitnehmer ein. Zugleich versuchen sie, Kernpunkte der traditionellen Programmatik zu bewahren.

Die Reiter der progressiven Apokalypse

Im Mix der objektiven und der politischen Ursachen des Niedergangs nicht nur der demokratischen Linken, sondern der traditionellen Volksparteien überhaupt spielen zwei subjektive Faktoren die größte Rolle – die Selbstgewissheit der Regierenden und ihre Ungeduld. Sie ärgern sich über die Politikerverdrossenheit der Bürger und reagieren, wie zum Trotz, mit Bürgerverdrossenheit. Grundlage ist ein Missverständnis der Spielregeln des politischen Prozesses, der zu einem großen Teil auch aus Kommunikation besteht. Das Problem: Der zupackende Pragmatismus der Moder-

nierer reduzierte sich fast flächendeckend auf die Vulgärutopie »Reform ist, wenn es klappt«. Hauptsache, das Ding kommt voran und das Thema ist vom Tisch. Nächste Reform! Kritik und Widerspruch halten die Verantwortungsträger schnell für verantwortungslos, politischen Widerstand quittieren sie mit Abschottung und Ausgrenzung. Die Forderung nach einer »Erzählung« dessen, was am Ende des Reformprozesses zu erwarten ist, wurde in der Regel verweigert. Die Frage nach dem Sinn wurde von den Großpragmatikern belächelt. Nur der Großvisionär Blair wurde nicht müde, seine Vorstellungen von radikalen Reformen immer wieder zu predigen. Allerdings hatte er sich sein reformpolitisches Debattenklima durch die Irak-Verwicklung gründlich verdorben. Aber auch Nicht-Visionäre wie Schröder und Persson, die Pathos konsequent mieden, gingen dem sachlichen Gespräch mit ihren Kritikern aus dem Weg. Reformen wurden verordnet. Das konnte auf Dauer nicht gut gehen.

Auf der Londoner Konferenz über »Progressive Governance«, zu der Gordon Brown und der *New Labour*-Think-Tank *Policy Network* Anfang April dieses Jahres eingeladen hatten, diskutierten die Beteiligten – Regierungschefs, Parteiführer, Professoren, Berater – dieses Dilemma und fragten nach den Ursachen der Linkskrise. Was ist falsch gelaufen? Einer der Gastgeber, der britische Außenminister David Miliband, ein politischer Intellektueller, der die *Third-Way*-Politik seines Entdeckers und Förderers Tony Blair entscheidend mitformuliert hatte, nutzte die Bereitschaft zur Gewissenserforschung zu ein paar offenen Worten. Vor den versammelten Reformlinken aus aller Herren Länder sprach er von den »drei apokalyptischen Reitern der Progressiven«. Der erste sei die entstandene Kluft zwischen Regierenden und Regierten – die Progressiven hätten sich von der Basis abgekoppelt. Der zweite sei die erkennbare Gefahr, müde und unmodern zu werden – die

Progressiven müssten mit den kreativen Kräften in der Gesellschaft in Kontakt treten (*connect!*). Der dritte Reiter der progressiven Apokalypse sei die Verdrängung der politischen Überzeugung durch den herrschenden »Super-Pragmatismus« der Reformer – die Wurzel des Übels.

Authentizität als Schlüssel

Die Folgen sind bekannt: Vertrauensverlust der Wähler, sinkende Wahlbeteiligung, Akzeptanzschwund der parlamentarischen Demokratie. Die traditionellen linken Volksparteien können auf diese Herausforderung auf zwei Ebenen reagieren: inhaltlich-politisch und methodisch-strategisch. Über die Inhalte wird überall diskutiert, die Grundlinie scheint aber immer die Gleiche zu sein: Festhalten am Kurs des seriösen Haushaltens, keine Rückkehr zur »tax & spend«-Philosophie früherer Zeiten und zur Bevormundungshaltung einer sozialstaatlichen Obrigkeit. Die Priorität »Gewährleistungs-

staat«, Hilfe zur Selbsthilfe, Rechte und Pflichten im Sozialstaat, Förderung der Eigenverantwortung, Effizienzsteigerung der öffentlichen Dienstleistungen, Vorrang für Human- bzw. Bildungsinvestitionen, der »Lissabon-Prozess« und ähnliche Schlüsselbegriffe der Reformdebatte zur Jahrhundertwende geben weiterhin die Richtung an. Das ist seriös, aber nicht originell. Leider spielt die Demokratiereform in diesen Debatten eine vergleichsweise geringe Rolle. Das ist ein Schwachpunkt. Gerade sie ist aber entscheidend für die Konsequenzen auf der Ebene der Methode und der politischen Strategie, nämlich der Kommunikation mit den Bürgern. Deren Unterstützung für demokratische Reformen und daher ihre Teilnahme an der Debatte ist unverzichtbar. Die Volksparteien im Allgemeinen und die Modernisierungsinke im Besonderen werden daher mehr Augenmerk als bisher auf ihre eigene Glaubwürdigkeit, ihre Autorität und auf den Austausch mit »dem Volk« legen müssen. Die klassische Kommunikationsform über die Medien ist unter

den Bedingungen der Info-Entertainment-Industrie und der Vermachtung der Medienmärkte ein schlüpfriges Terrain geworden. Ein Mix aus alten Hausmitteln und nicht ganz so alten Rezepten wird nötig sein, um die Botschaft an Frau und Mann zu bringen. »Wir müssen weniger akademisch und mehr populistisch sein«, sagte der holländische Parteichef, Vizeministerpräsident und Finanzminister Wouter Bos, auf der Londoner Konferenz der »Progressives«. In dieser Formulierung ist das eine gewagte Aussage, die prompt auf Kritik stieß. Doch sie war ehrlich und authentisch.

Authentizität ist in Zeiten der Unübersichtlichkeit und der Informationsüberflutung der Schlüssel zu erfolgreicher politischer Kommunikation. Die Wahlsieger unserer Tage sind mit wenigen Ausnahmen keine Charismatiker. Aber im Optimalfall sind sie »authentisch«. Wichtig ist dabei allerdings: Authentizität ist kein Selbstläufer. Unbeholfenheit kann authentisch sein, aber sie weckt kein Vertrauen. Defizite wie »Provinzialität« oder »Beamtenprofil« mögen unverfälscht sein, doch sie können Kandidaten politisch ruinieren. Mindestens so wichtig wie Authentizität sind ein offensives Konzept und die Bereitschaft zu selbstbewusster und dauerhafter, auf Austausch und Partizipation angelegter Kommunikation. Das ist zwar leichter gesagt als getan. Vor allem in Konsensgesellschaften, in denen Streit als schädlich gilt und vom herrschenden *Mainstream*-Journalismus grundsätzlich zum Zeichen von »Führungsschwäche« abgewertet wird, entfalten kontroverse Diskussionen meist schädliche Wirkung. Umso wichtiger ist der regelmäßige Kontakt der Repräsentanten mit den Repräsentierten. Kommunikation bedeutet auch Engagement an der Basis und Nähe zu den Menschen. Politische Authentizität braucht die Begegnung, den Austausch, die Erfahrung. Das ist mühsam, aber Teil des Jobs.

In diesem Sinne hat die ständige Kontaktpflege zwischen Repräsentanten der Parteien, fernen Abgeordneten und Füh-

rungspersonen ebenso wie lokalen Funktionsträgern mit der Bevölkerung in deren Lebenskreis ihren Sinn. Johannes Rau prägte dafür den Begriff »Kümmerer-Partei«. Eine solche Partei ist nicht die Partizipations- oder Diskussionspartei, es ist die Partei, die sich der Sorgen und Alltagsprobleme der Bürger annimmt. Heute sind es vor allem die radikalen und populistischen Parteien, die diese Aufgabe wahrnehmen. Die von Tür zu Tür gehen und »sich kümmern«. Manches Wahlergebnis der vergangenen Jahre ist auch so zu erklären.

Vor einer großen Illusion ist aber abschließend zu warnen: Das Dilemma der deutschen Sozialdemokratie in der Bundestagswahl 2009, zwischen einer sich anpassenden CDU, einer altsozialdemokratischen *Linkspartei*, zwei Orientierung suchenden bürgerlichen Kleinparteien und einer sozialchauvinistischen Nazipartei das originale eigene Terrain zu sichern und zu erweitern, ist weder allein mit Medienpolitik noch mit einer mutigeren Diskussionskultur zu lösen, auch nicht nur mit einer neuen fürsorglichen Hinwendung zur Basis. Dies sind jeweils Module einer strategisch angelegten umfassenden Reorientierung, unverzichtbar, aber auf längere Frist angelegt. Zum Erfolg in der kurzfristigen Auseinandersetzung mit den Erben des Neoliberalismus wird es ein eigenes geschärftes Profil brauchen, das aus mehr bestehen muss als aus stolzen Bekenntnissen zur *Agenda 2010*, aber auch mehr sein muss als das kleinlaute Versprechen, dass es fürs Erste keine Veränderungen oder gar Zumutungen mehr geben werde. Und das Selbstverständliche zum Schluss: Es braucht dann auch einen authentischen Kandidaten, der sich für diese Rolle nicht nur opfert, sondern der auch gewinnen möchte.

(Der vorliegende Artikel ist die vom Autor aktualisierte, stark gekürzte Version einer im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung verfassten Studie über die europäische Parteienlandschaft.)